

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

43 (20.2.1928)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Einzelst. 0 mit wöchentlichem Belegpreis 11 Pfennig o. Postzuschlag 250 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Zentral 7020 und 7031 o. Volksfreund-Filialen: Durlach, Weßling, Straßburg, Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Engelstraße 28

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Primat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Belegpreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Einzelst. 0 mit wöchentlichem Belegpreis 11 Pfennig o. Postzuschlag 250 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Zentral 7020 und 7031 o. Volksfreund-Filialen: Durlach, Weßling, Straßburg, Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Engelstraße 28

Nummer 43 Karlsruhe / Montag, den 20. Februar 1928 48. Jahrgang

Notprogramm der Bankrotteure

Von der Reichsregierung vorgeschlagene und den bisherigen Reichstagsparteien restlos gebilligte Notprogramm sieht wie folgt aus:

Landhilfe

Zur Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachttierefleisch sowie von Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, werden 30 Millionen RM. in den Etat für das Jahr 1928 eingebracht. Zweck dieser Maßnahme ist es u. a., die auf dem Viehmarkt zwischen Erzeuger und Verbraucher bestehenden Spannungen zu verringern.

Zur Beseitigung der gegenwärtigen außerordentlichen Notlage in der Landwirtschaft wird zwecks Sicherung der rationellen Produktion der Betriebe ein einmaliger Betrag von 30 Millionen RM. in den Etat 1928 eingebracht.

Zur Beseitigung des Niedrucks und zur Sicherung des rationellen Fortschritts der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein einmaliger Betrag von 25 Millionen RM. in den Etat 1928 eingebracht.

Der Rentenkonten-Kreditanstalt soll durch Gesetzesänderung ermöglicht werden, sich an zentralen Unternehmen der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu beteiligen. Dem Rentenkonten-Kreditanstalt für 1928 wird der Reichsminister der

Finanzen ermächtigt, sich zusammen mit Ländern und Gemeindeverbänden an einer Organisation zu beteiligen, die die Aufgabe hat, inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden zu unterstützen. Reichsgarantiefonds 75 Millionen RM.

6. Ratenweise Herausgabe des Gefrierfleisch-Kontingents entsprechend dem Stande der Fleischverarbeitung der Bevölkerung.

7. Sicherung der gleichmäßigen Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperrn zur Verhütung der Einschleppung von Tierseuchen.

8. Erweiterung des Einfuhrzollsystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweißfleisch.

9. Zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes ihrer Erzeugnisse werden in den Nachtragshaushalt 1927 und den Haushalt 1928 je 500 000 RM. eingebracht.

Aufbesserung der Rentenbezüge.

1. Für Witwen und Vorpensionäre und ihre Witwen und Waisen sind 100 Millionen RM. in den Haushalt 1928 eingebracht.

2. Für die Rentnerinnen werden insgesamt 50 Millionen RM. bewilligt, außerdem Erleichterungen im Verfahren für die Rentenverleihung (statt Kammerbescheid Majorbescheid usw.). Dazu treten noch die Beschlüsse über das Liquidationsverfahren.

Abwicklung eines liederlichen Geschäfts

Am Samstag hat der Bürgerklub nun doch noch sein Notprogramm zusammengebracht. Seinen anfänglichen Plan, dieses Programm an der Sozialdemokratie scheitern zu lassen, und dann unter einer antisozialistischen Parole in den Wahlkampf zu ziehen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu vereiteln gemocht. Schon schien die Auflösung des Reichstags unvermeidlich, als der Reichspräsident eintritt und die Freunde von gestern zur Verabreichung des Etats und ihres Notprogramms verpflichtet. Was schließlich aus dieser Verpflichtung wurde, bleibt eine andere Frage.

Es ist zum Verständnis der so entstandenen innerpolitischen Lage notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Woche zu werfen. Sie begannen mit der einmütigen Feststellung der Regierungsparteien, daß das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten sei. Niemand war in größerer Verlegenheit als die Deutschnationalen. Das Schulgesetz an sich war ihnen verhältnismäßig gleichgültig. Dafür interessierten sie sich lediglich für orthodox-protestantische Pöbel und ihre Anhänger. Aber es wirkte bis zu der öffentlichen Krise in starkem Maße als Bindemittel für die an sich brüchige Koalition, deren Hauptaufgabe nach deutschnationaler Auffassung die Bewilligung möglichst umfangreicher Zuschüsse für die Großagrarier war. Ihr vorzeitiger Zusammenbruch war jedoch gleichbedeutend mit baldigen Neuwahlen und infolgedessen ein Verzicht auf die bisherige Liebesgabenpolitik. Denn voraussichtlich wird die bevorstehende Abrechnung im Vergleich mit dem heutigen Zustand zu einer anderen Zusammenfassung des Parlaments und zu einer anderen Regierungskoalition führen.

Was also war zu tun, um die Auflösung des Reichstags möglichst lang hinauszuziehen? Das Zentrum wünschte die Erledigung des Etats durch die gegenwärtige Volksvertretung. Dem schloß sich die Deutsche Volkspartei an, ohne daß freilich ihren Auffassungen von den beiden anderen Regierungsparteien noch eine besondere Bedeutung beigelegt worden wäre. Indessen war mit der Verabreichung des Etats auch noch nichts erreicht, wenn damit nicht gleichzeitig eine großangelegte Rettungsaktion für das, was die Deutschnationalen Landwirtschaft nennen, verbunden werden konnte. Zum Glück der Deutschnationalen kam der Hindenburgbrief, der die Notwendigkeit agrarischer Hilfsmaßnahmen betonte. Aber angesichts der Reigerung des Zentrums, den Termin der Neuwahlen über den Mai hinauszuschieben, tauchte die Frage auf, ob es möglich sein würde, in dieser Frist und noch dazu mit einer innerlich zersplitterten Regierung das Notprogramm zu verwirklichen. Daran war nur zu denken, wenn man die Opposition mundtot zu machen, oder sie jedenfalls an Anträgen, die eine längere Diskussion heraufbeschwören, und teilweise sogar die Mehrheit der bisherigen Regierungskoalition spalten konnte, zu verhindern vermochte.

Auch die sozialdemokratische Fraktion hielt die Erledigung des Haushaltsplanes für erforderlich. Einmal, um dem Reichstag den Vorwurf zu ersparen, er sei auseinandergegangen, ohne seine wichtigsten Arbeiten beendet zu haben, dann aber auch, um die aller Wahrscheinlichkeit nach anders zusammengesetzte neue Regierung nicht in die Not zu versetzen, dem neu gewählten Parlament in der Eile einen Etat vorzulegen, der swangweise im wesentlichen sich an den vom Bürgerklub aufgestellten Haushaltsplan hätte anschließen müssen. Aber die Sozialdemokraten und Demokraten waren weit davon entfernt, die agrarischen Ansprüche befriedigen zu wollen. Sie konnten sich verpflichten, — um eine baldige Auflösung herbeizuführen — die Behandlung des Etats und auch das Liquidationsverfahren beschleunigen zu helfen. Sie konnten auch auf die sogenannten Liquidationsanträge verzichten. Aber es lag auf der Hand, daß sie für eine auch nur positive Unterstützung der deutschnationalen Demagogie nicht zu haben waren.

Die Wahlen in Hamburg

Hamburg, 20. Febr. Vorläufiges amtliches Ergebnis:

1. Sozialdemokraten 246630;
2. Deutschnationale 94630;
3. Kommunisten 114223;
4. Demokraten 87222;
5. Deutsche Volkspartei 85471;
6. Zentrum 9393;
7. Reichspartei 5333;
8. Nationalsozialisten 14739;
9. Wohnungsverleiher 715; 10. Angestellte und Beamte 1601; 11. Partei Deutschlands 115; 12. Hermann Vöbel (Befreiung der Erbkinder und Wirtshausopposition) 201; 13. Unabh. soz. 800; 14. Intern. Kommunisten (Arbeitervopposition) 741; 15. Reformpartei 712; 16. Reichspartei für Aufwertung und 17. Wohnungsgeber und Hausbesitzer 546; 18. Freiwirtschaftliche Partei 1034; 19. Wirtschaftspartei 660; 20. Nationalsozialistische Partei (Wirtschaftspartei) 20048; unglücklich 3761.

Die Wahlbeteiligung betrug am 9. Oktober 1927 75 Proz. (Wahlberechtigte waren 160 Abgeordnete.)

Hamburg, 20. Febr. (Hunddienst.) Der starke Erfolg der Sozialdemokratie bei der Bürgerklubwahl im Oktober 1927, die einen Gewinn von 10 Mandaten brachte, hatte das Bürgerklub und Schreden verleiht. Nachdem nun durch das Urteilstandgerichtshofes nach wenigen Monaten eine Neuwahl stattgefunden mußte, rannnten die Reichsparteien mit den stärksten Mitteln die Sozialdemokratie an, wobei sie das indifferente Bür-

gertum mit dem Ruf „Kettet Hamburg!“ ausfällten. Kein Mittel wurde verschmäht, um die Wähler in Schreden vor der Sozialdemokratie zu versetzen. Nicht geringer war der Ansturm von links, der von den Kommunisten mit Eile und Beredsamkeit geführt wurde. Dilemmen vereinigen Ansturm gegenüber hat die Sozialdemokratie ihren starken Stimmengewinn vom Oktober 1927 gehalten. Den 173 358 Stimmen der Wahl von 1924 stehen jetzt 246 630 Stimmen gegenüber, während im Oktober v. J. 247 489 Stimmen erreicht wurden. Infolge der verstärkten Wirtshausopposition, durch die insgesamt 40 000 Stimmen mehr als im Oktober 1927 abgeben wurden, ist die Verteilungssiffer für die Mandate im Vergleich zu den letzten Wahlen größer geworden. Infolgedessen bleibt die Mandatsverteilung der Sozialdemokratie hinter der im Oktober erreichten Ziffer von 63 um 3 zurück.

Den stärksten Anteil an der großen gestiehrten Wahlbeteiligung haben die Demokraten. Einen Gewinn haben auch die Volkspartei und die Nationalsozialisten. Die demokratische Partei erhält im Vergleich zur Oktoberwahl 5 und die Volkspartei 2 Sitze mehr, während der Stimmengewinn der Kommunisten keine Veränderung in der bisherigen Mandatsverteilung bringt. Die Deutschnationalen aber haben wiederum 5000 Stimmen und damit 3 weitere Sitze verloren. Auch die Spitzpartei sind trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes nicht auf ihre Kosten gekommen. Die Listen von kleineren Gruppen und Gruppierungen brachten es zum Beispiel nur auf insgesamt 4728 Stimmen, davon ist die stärkste Gruppe die der Beamten und Angestellten mit 1601 Stimmen, die mit dieser Ziffer nicht einmal ein Drittel der für ein Mandat erforderlichen Stimmen aufgebracht haben.

Die Mandate verteilen sich nach der gestrigen Wahl wie folgt: Sozialdemokraten 60 (63), Deutschnationale 22 (25), Kommunisten 27 (27), Demokraten 21 (16), Volkspartei 20 (18), Zentrum 2 (2), Reichspartei 1 (1), Nationalsozialisten 3 (2), Wirtschaftspartei 4 (6).

Der Kampf in der Metallindustrie

Schiedsspruch für Mitteldeutschland

Halle, 18. Febr. Die zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikts einberufene Schlichterkammer fällt heute unter Vorsitz des Schlichters, Ministerialrat Dr. Schmidt, einen Schiedsspruch, der vom Tage der Wiederaufnahme an eine Lohnerhöhung von 5 Proz. pro Stunde vorsieht für alle drei mitteldeutschen Tarifgebiete. Für Anhalt eine besondere Regelung wegen der Scherung der Leistungen vorgesehen werden. Der Streik bzw. die Aussperrung soll keine Arbeitsunterbrechung ansetzen werden und außerdem keine Maßnahmen der am Streik beteiligten Metallarbeiterwerkstätten werden.

Dem Schiedsspruch müssen sich die Parteien bis Montag, 19. Februar, 12 Uhr mittags, erklären. Die mitteldeutschen Metallarbeiter haben bereits zu Montag vormittag eine erste Konferenz der Funktionäre aus den Streik und Aussperrung nach Halle einberufen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Auch die mitteldeutschen Metallindustriellen sind am Montag vormittag zusammen, um ihre Erklärung abzugeben.

Wegens der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikts kann die Schlichterkammer nicht befriedigt sein. Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Lohnes für Facharbeiter um 5 Proz. auf 80 Proz. der bisherigen Lohnsätze erheben sich im gleichen Verhältnis dem 3 Proz. Schiedsspruch des Magdeburger Schlichters. Die Forderung der Metallarbeiter betrug die Forderung der Metallarbeiter betrug die Forderung der Metallarbeiter brachte ein Fünftel, der zweite Teil der Forderung der Metallarbeiter. Die Er-

klärungsfrist für den Schiedsspruch läuft am Montag, 20. Februar, mittags 12 Uhr ab.

Die Kürze der Erklärungsfrist macht eine Urabstimmung unmöglich. Das die Metallarbeiter sich für den Spruch nicht begeistern können, liegt auf der Hand. Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht nicht den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter. Die Arbeitgeber, die bei den Verhandlungen absolut nicht mit sich reden ließen, haben eine erträgliche Lösung des Konflikts zunächst vereitelt. Sie haben den Schiedsspruch abgelehnt. Nach ihren bisherigen Erklärungen, daß es ihnen absolut unmöglich sei, über den 3 Prozent-Schiedsspruch hinauszugehen, ließ ihnen nichts anderes übrig. Das kann aber niemanden darüber hinwegtäuschen, daß sie auch bei dem neuen Schiedsspruch noch immer recht glimpflich davonkommen sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der neue Schiedsspruch nunmehr rasch für verbindlich erklärt werden.

Kündigungen in Baden

Mannheim, 18. Febr. Auch die Metallindustriellen in Mannheim haben gestern durch Anschlag den Beschlüssen der Metallarbeiter durch den erneuten Tarifabschluß des Christlichen und Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen für Nordbaden (Kadartat usw.) wird für diesen Bezirk aller Voraussicht nach die Kündigung nicht ausgeschrieben.

Singen a. S., 18. Febr. Entsprechend dem für die gesamte deutsche Metallindustrie abgesehen Beschluß wird auch heute in allen Betrieben des Saalekreises den Beschlüssen zum 25. Februar a. k. l. d. i. werden. Es werden insgesamt 3400 Mann folgender Firmen betroffen: Aluminium-Werke und Fittingfabrik in Singen a. S., Pappenfabrik Alweiler-Redolfell, sowie die Firma Jadr in Gottmadingen und Stodach.

Grafen Wehner zunächst gar kein Interesse an einem positiven Ausgang der mit der Opposition angeknüpften Verhandlungen. Das erachtete sich schon daraus, daß der deutschnationale Reichsjustizminister Bergt als Vertreter des Reichsanstalters nur auf sehr energische Vorstellungen hin den Vertretern der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion den ersten Entwurf eines Regierungsprogramms ausbandigte. Es wäre den Deutschnationalen am liebsten gewesen — und der Berliner Lokalpresse hat das am Samstag mit dankenswerter Offenheit ausgeplaudert — wenn die Verhandlungen an den Sozialdemokraten und Demokraten gescheitert wären. Dann hätte man hinausgehen können mit der natürlich verlogenen, aber wie man hoffte, wirksamen Feststellung, die Linke habe nicht nur das Zustandekommen des Haushaltsplanes, sondern die dringendste Unterstützung für die Landwirtschaft von vornherein verhindert. Die Städte hat man so wie so mehr oder weniger abgeschrieben, aber auf dem Lande glaubt man mit einer solchen Parole noch Gefühle machen zu können.

Auch dieses schöne Ziel wurde gescheitert und zwar von der gleichen Stelle, deren Eingreifen den Deutschnationalen bisher so willkommen gewesen war. Der Reichspräsident mahnte zur Einigung und für die, die ihn gewählt hatten, war es nun mit Rücksicht auf ihren Anhang im Lande so gut wie unmöglich, sich diesem neuen Appell zu widersehen. Sie haben sich genötigt, ihre Forderungen herabzuschrauben, auf ein Maß, das auch dem Zentrum noch erträglich erscheinen konnte. Das aber bedeutete, daß auch der Opposition kein Verzicht mehr auf Änderungsanträge angelommen werden konnte. Die Rechte mußte es sich gefallen lassen, das Sozialdemokraten und Demokraten sich ausdrücklich freie Hand vorbehielten, und der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, in der Samstagsrede des Reichstags insbesondere diejenigen Punkte des landwirtschaftlichen Programms, die veterinärpolizeiliche Grenzmaßnahmen und die Herausgabe des Gefrierfleischkontingents betreffen, nicht einmal als Teil eines Arbeitsprogramms für annehmbar erklärte.

Stuttgarter Handwerkskandal

Kompromittierte deutschnationale Mittelstandsretter

Aus Stuttgart erhielten wir folgenden Bericht über die Vorgänge im württembergischen Landtag, als im Anblich an den Stuttgarter Handwerkskandal über den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Theodor Fischer entschieden werden mußte.

Als der sozialdemokratische Berichterstatter des Geschäftsordnungsausschusses den von der Staatsanwaltschaft mitgeteilten Sachverhalt vortrug, wozu der Abgeordnete Fischer in vier Fällen gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Kammerpräsidenten ein Versehen der erstverurteilten Antrene schuldig gemacht haben soll, wurde man auf den Bänken der Rechten unruhig und suchte den Berichterstatter durch lärmende Geräusche zu überhören. Als er dann berichtete, daß der Kammerpräsident aus den Einträgen bei den Weiseprozessen eine sogenannte schwarze Kasse gebildet habe, daß aber die Protokolle der betreffenden Verhandlungen fehlen und mindestens eins davon bestimmt vernichtet worden sei, daß ein Fonds für Repräsentationszwecke gebildet worden war, ohne sachgemäß die Zustimmung der Volkversammlung und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen, da rief man dem Berichterstatter von der Rechten aus zu, er beuche eine Taktlosigkeit. Der Berichterstatter erklärte seine Mitteilungen für notwendig, da ohne ihre Kenntnis dem Landtag nicht zugemutet werden könne, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben. Der weitere Bericht ergab noch die besonders eigenartige Tatsache, daß

wurden sei, habe jedoch nie stattgefunden. Des weiteren werden Fischer und die übrigen Vorstandsmitglieder beurlaubt, weil mehr an Diäten und Gehältern für Sitzungen und Reisen liquidiert

zu haben, als ihnen nach dem Regulario zugestanden hätte. Ebenso war Fischer als Revisor für den freien Verfügungsfonds des Kammerpräsidenten Wolf bestellt, der nach der Behauptung des Wolf an die landwirtschaftliche Stelle des württembergischen Handwerks abgeführt sein sollte, den dieser aber nie erhalten hat. Der Berichterstatter beantragte, namens des Ausschusses wegen des ehrenrührigen Charakters der Beschuldigungen, die Zustimmung des Landtags zur Durchführung des Strafverfahrens zu erteilen. Die Aussprache gestaltete sich sehr erregt, zumal ein anderes sozialdemokratisches Ausschußmitglied auf Grund der Prüfung der Akten noch mitteilen konnte, daß entgegen der sonstigen Uebung der Abg. Fischer Kenntnis von dem Inhalt des Schreibens erhalten hat, das die Staatsanwaltschaft zur Begründung ihres Antrags an das württembergische Staatsministerium gerichtet hatte.

Staatspräsident Basille erklärte hierauf, das sei auf Grund eines besonderen Beschlusses des Staatsministeriums erfolgt, da sonst der Abg. Fischer keine Gelegenheit gehabt hätte, sich zu rechtfertigen.

Diese ganz offenkundige Benützung eines Parteifreundes durch den Staatspräsidenten löste berechtigste Entrüstung auf der linken Seite des Hauses aus.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Theodor Fischer wurde mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten, die grundsätzlich dagegen zu sein behaupten, angenommen. Ein gleichzeitiger Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Siller ist zurzeit noch beim Reichstag anhängig.

von den Geldern der Kurstafel Raubwaren und Mitfolien gestaut und an die Vorstandsmitglieder verteilt worden waren. In die sogenannte Schwarze Kasse sollen 37 000 M. geflossen sein. Eine Revision dieser Kasse, als deren Revisor der Abg. Fischer bestellt

Freistaat Baden

Plenarversammlung des Badischen Landtags

Am Donnerstag, 23. Februar, vormittags 9 Uhr, wird der Badische Landtag eine Plenarversammlung mit folgender Tagesordnung abhalten:

Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über die Mandatsniederlegung des Abg. Brümmer (Berichterstatter Abg. Döhrner).

Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Befolgung von Ordnungen (samt einschlägigen Gesetzen) (Berichterstatter Abg. Schner und Hofmann).

Ungünstige Aussichten im Staatsdienst

W. A. Für die Berufsberatung der auf Schluß des laufenden Schuljahres abgehenden Schüler wird durch das Unterrichtsministerium zur Kenntnis gebracht, daß im Bereich der inneren Staatsverwaltung im Laufe des Herbstjahrs 1928 voraussichtlich 6 Bewerber für den gehobenen mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst sowie eine ganz beschränkte Anzahl Bewerber für den höheren nichttechnischen Dienst auftreten werden. Für den Zugang kommen nur durchaus auf befähigte Bewerber in Frage. Die Aussichten für die in Betracht kommenden Beamtenlaufbahnen sind nicht günstig. — Im Bereich des badischen Finanzministeriums werden für den gehobenen mittleren Dienst kaum über 3-4 Bewerber eingekalkuliert werden. Für den höheren Finanzverwaltungsdienst wird der Bedarf aus den Gerichten und Regierungsstellen, für die Domänenverwaltung aus Anwärtern für den höheren landwirtschaftlichen Staatsdienst entnommen. Die Aussichten für diese Laufbahnen sind für die Bewerber des höheren Bau- und Forstdienstes nicht ungünstig. Für den Eigenantrittsdienst werden wohl höchstens 6-7 Bewerber in Frage kommen.

Bei den Aufstiegsbedingen können die Aussichten für die Beamten sämtlicher Laufbahnen keineswegs als günstig angesehen werden. Die Verhandlungen wegen Übernahme von Anwärtern für den einfachen mittleren Dienst sind noch nicht abgeschlossen. Es wird auch hier nur eine ganz beschränkte Anzahl in Frage kommen können. Ob in der bisher gehaltenen Höchstzahl der Gerichtsassessoren eine Veränderung eintreten wird, kann noch nicht abschließend gesagt werden. — Im Bereich der Unterrichtsverwaltung ist bei der vorhandenen großen Zahl von Anwärtern vor der Erreichung des

Lehrerberufs im Volksschuldienst und im höheren Schuldienst, falls nicht besondere Eignung vorhanden ist, zu warnen. Wenig günstig gestaltet sich auch die Verwendungsmöglichkeit der Anwärter für das höhere Lehramt an Handels- und Gewerbeschulen. — Bei der Deutschen Reichspost werden Anwärter für den mittleren nichttechnischen Dienst bis auf weiteres nicht eingestellt. Ob im neuen Rechnungsjahr — vom 1. April 1928 an — Anwärter für den höheren Postverwaltungsdienst (Gerichts- oder Registratorassessoren) oder für den höheren technischen Dienst (Diplomingenieure der Elektrotechnik und des Maschinenbaus) in geringer Zahl eingestellt werden können, läßt sich noch nicht übersehen. — Bei der Deutschen Reichsbahnverwaltung besteht bis jetzt keine Aussicht, daß Anwärter des mittleren und oberen Dienstes angenommen werden. Die Aussichten für alle Laufbahnen müssen weiterhin als ungünstig bezeichnet werden. — Im Reichsfinanzdienst wurden im laufenden Rechnungsjahr in Baden bei der Steuerverwaltung 37, bei der Zollverwaltung 5 Anwärter für den gehobenen mittleren Dienst aufgenommen, für den höheren Dienst wurden 6 Anwärter eingestellt. Es ist noch ungewiß, ob Anwärter für den mittleren und höheren Dienst im Laufe des Jahres 1928 angenommen werden dürfen.

Der Landeskommandant. Zum 1. März wird Generalleutnant F. v. B. als Kommandant der 5. Division in Stuttgart, zum Kommandanten der 6. Division und Befehlshaber im Wehrkreis 6 ernannt unter gleichzeitiger Entsendung von der Stellung des Landeskommandanten in Baden. In seiner Stelle wurde Generalmajor W. v. D. als Kommandant der 14. Division ernannt.

Mademische Pausenberein. Vor einigen Tagen ließen in dem althistorischen Lokal „Zum Ritter“ in Heidelberg Studenten des Waffenringes, und zwar Angehörige der Burjesen, „Frankonia“ und „Wincela“ einem Hochschullehrer das Licht ausbreiten und ihm das Lokal verbieten. Es handelte sich um Professor v. G., der Leiter des Instituts für Zeitungs- und Buchwissenschaft war. Der Professor hatte in der Besetzung mehrerer Freistudenten und dreier Altmatritulierten in später Abendstunde Einteilung gehalten, um eine begonnene Diskussion fortzusetzen. Prof. v. G. legte am nächsten Tage Beschwerde beim Rektor ein und beantragte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. In der gestrigen Sitzung gab der Heidelberger Waffenring eine Erklärung ab, daß er das Vorgehen seiner Komitonen mißbillige und sein Bedauern darüber ausdrücke. Er habe aber in die Förderung des Wissenschaftlichen und der Presse von der weiteren Sitzung ausgeschlossen. (Die Herren müssen ein sehr schlechtes Gewissen haben; akademische Tapferkeit!)

Württemberg gegen die Splitterparteien

Der Vermittlungsausschuss des württembergischen Landtags hat mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und Nationaldemokratischen, eine Verhinderung der Bestimmung des württembergischen Landtagswahlgesetzes, die es den Splitterparteien erschweren soll, beschlossen. Die Wahlkreise sollen nicht mehr als 100 000 Einwohner umfassen, die in einzelnen Wahlkreisen erhaltenen Stimmen sollen nicht mehr als 10 000 betragen. Es sollen nur Parteien zugezählt werden, die in einem Wahlkreis mindestens 1000 Stimmen oder in mindestens sechs Wahlkreisen je ein Mandat erhalten haben.

Bei dieser Gelegenheit machte der Regierungsvertreter Mittelwirth einen Antrag, das Reichsministerium an das württembergische Staatsministerium gerichtet hat und aus dem hervorgeht, daß mit einer Aenderung der Reichstagswahl in der Zeit vom März bis Ende April bestimmt gerechnet werden müsse.

Was bedeuten Linkswahlen 1928?

Der Führer der britischen Arbeiterpartei, J. Ramsay MacDonald, hat im Daily Herald einen „Ein Jahr des Verfalls und der Wahlen“ betitelten Artikel veröffentlicht, in dem er die Perspektiven entwickelt, die sich aus dem Zusammenstoß von Wahlen in Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien und den Vereinigten Staaten, sowie den, auf diese Wahlen folgenden europäischen Wahlen, für die politische Zukunft Europas und der Welt ergeben.

MacDonald weist zunächst rückblickend darauf hin, daß in den vergangenen Jahren augenblicklich noch parlamentarische Mehrheiten existieren, die gewählt wurden, ehe sich die ästhetischen Ansichten der Londoner Konferenz fühlbar gemacht hätten und ehe die Neutralität der verschiedenen Prüfungsvereinbarungen geworden sei, daß die ursprüngliche Politik neue Ideale und Ziele der Regierenden benötigte. „Wir haben uns“, führt MacDonald fort, „in Genf mit den Tränen beschäftigt, wie sie Tag um Tag aufgetaucht sind, und es ist uns gelungen, sie etwa in der Richtung zu ordnen. ... Wir haben verstanden, daß sich die Welt ausbreiten — aber wir haben keine neue Mentalität gewonnen und die jüngste Verkörperung zur Abrüstungsfrage gehört der diplomatischen Art. Wenn sich die Verhältnisse und Budgets ändern werden wir, wenn eine Generation das Ruder der Welt in Händen haben sollte, der sich der jüngste Krieg im Lichte der politischen und nationalökonomischen Propaganda darstellt, die auf diese auf dem Papier stehenden Erklärungen Papier und Blei als Panzer sein. Falls aber nach Abschluß dieser wichtigen Verhandlungen Europa von radikaleren und demokratischeren Gedanken, regiert werden sollte, die den gefunden Ideen des gegenwärtigen Zusammenlebens der Nationen weiter führen, falls eine neuere Generation anstelle der alten treten könnte, so dürfen wir die Hoffnung haben, der internationalen Zusammenarbeit näher zu kommen und die ägernde Furcht der Vereinigten Staaten zu mindern. Günstig würde eine Stärkung des Einflusses der Arbeiterpartei auf den internationalen Lebensstand der Arbeiterklasse zur Wirkung kommen.“

MacDonald sagt mehr und mehr deutlich, daß es für eine einzelne Nation nicht ist, allein einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Er weist hierin zusammenarbeiten, und es muß für uns ein Mandat der Beschämung sein, daß es unsere englische Regierung sich hinsichtlich der internationalen Arbeitseinstellung als schwach erweist. Wir stehen vor der Welt als die Schwärze und Verleumdung eines Systems, das in Wirkungen ebenso verhängnisvoll ist, wie in sich selbst

Der Herzog stand auf der hohen Landstraße, allein, barhaupt, in dem feinen, ritzelnden Regen. Er sog den rechten Stulphandschuh ab und schlug ihn mechanisch gegen den Schenkel.

Oder war ein Anlaß gewesen? War ein Anlaß? Der polternde Regen schlug ihm, wie er jetzt in Ludwigsburg war, vorstellend nach. Er sollte sich doch mit der Herzogin vertragen, dem Land und sich einen zweiten Erben machen, sein Haus nicht auf die zwei Augen der Erbprinzen stellen, wo schon die Katholischen auf das Erbschaft der evangelischen Schwabenherzöge warteten. Das war es nicht. Nein, das war es nicht. Soll sich der Freike nach Haus scheren, zu seinem Sand und seinen Kiefern, mit seiner faden Nüchternheit und seinem fahlen, moralischen Sermon, der in jedem fünften Satz von Tod predigte. Er, Eberhard Ludwig, mit seinen fünfundsüßig, war Gott bei Dant noch in Satz und Schuß. Was doch nach seinem Tod wer will das Land und seine Schulden auf den Buckel nehmen und sich mit dem lauffigen Gefindel vom Parlament herumzergern. Darum der Christ den Abschied geben? Das er ein Narr wäre!

Er nahm den Stadtschreiberschneller, stift falsch und bestia eine Melodie aus dem letzten Fallet. Was hatte der Freike weiter angeführt? Die Gräfin sei ein schlimmeres Ungeheuer für die Herzogin als alle Franzoseneinfälle und höchst beschwerlichen Reichskriege. Alle Drangsal, Jammer und Verwirrung in Württemberg, des sei sie Ursach und Sifterin. Sie schriebe und queische gots-erbärmlich, und aller Schweiß des Landes sei für ihre Taten. Das konnte er. Rob Donner! Die Melodie stift ihm aus hundert Schmähschriften entgegen, die Saucen servierten ihm keine Stände jede Woche zum Braten. Wenn Dürre war und Hagelschlag, war nicht auch daran die Frau schuld? Sollten froh sein, die Quersanten und füllig greimenden Pfefferkörner, daß ihre lumbigen Bahnen so prächtig in Glanz und Herrlichkeit umgemünzt wurden. Sie brauchte Geld, ja, ja, und immerzu, soviel Geld gab es im ganzen römischen Reich nicht, wie sie brauchte, sie schmückte darum, bettelte, winkelte, drohte, sürnte, schmollte, tröte darum, es war oft ein Jammer und eine Verweilung, wenn er nicht wußte, woher mehr nehmen und immer mehr. Aber was war besser, die fable, schätzbare Hausfütterei der Herzogin, wo kein Pfennig zuviel vertan wurde, oder der rauschende Glanz der Frau, wo die Schläffer und Dorken und alle Einkünfte der Kammer wie bunte Funken verprasselten?

(Fortsetzung folgt.)

Reichstags- und Preußenwahlen

Der Preussische Landtag beschloß in seiner Sitzung am Samstag, sich hinsichtlich der Auflösung der Reichstages anzuheben. Der 25. März als Wahltermin würde aus rechtlichen Gründen nicht in Frage kommen. Als Termin käme nach Ansicht des Kabinetts frühestens der 22. April in Frage. Der Preussische Landtag wird sich heute bis zum 1. März vertagen. Inzwischen sollen die Ausschüsse die einzelnen Etats weiter vorbereiten.

Reichsbannerkundgebung

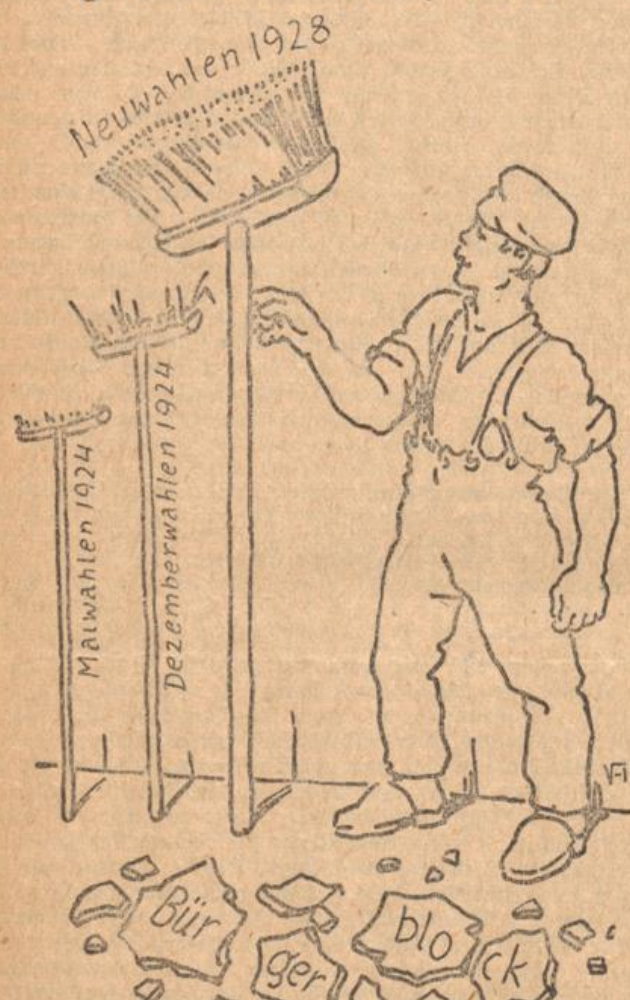
Berlin, 20. Febr. (Zunddienst.) Das Reichsbanner, Gau Berlin, veranstaltete anläßlich seines vierjährigen Bestehens am Sonntag im Circus Busch eine von Tausenden besuchte Kundgebung. Vom Zentrum sprach Rektor Kellermann. Er rechnete gründlich mit den Bränden des Bürgerblods in den Reihen seiner Partei ab. Man könne nicht ein Schulceis machen, so führte der Redner aus, wenn das die Hälfte des Volkes sei. Kellermann forderte eine republikanische Verfassungskonferenz und wies auf das Beispiel hin, daß an der Berliner Universität Staatsrecht von republikanischen Dozenten gelehrt würde. Er hoffe, daß auch in die Reichstagswahl nach den Wahlen wieder ein Reichsbannermann einzutreten würde.

Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach Ministerpräsident a. D. Stelling.

Schlägerei beim Fußballspiel

Paris, 20. Februar (Zunddienst.) In Tunis kam es gestern im Anschluß an ein Fußballspiel zu einer wilden Schlägerei. Die Zuschauer waren mit dem Ausgang des Spiels unzufrieden, so daß sie zunächst dem Schiedsrichter eine Tacht Prügel verabreichten. Dann fielen sie über die feierliche Mannschaft her. Ein Spieler erhielt einen lebensgefährlichen Messerstoß in den Rücken. Während des Handgemenges fielen auch einige Reservisten, die zufällig dazwischen standen, an.

Fort mit den Scherben!



„76 denke, der neue Besen wird auf fehren!“

Finale

Wie schön der Dämmerstern im Ofen steht!
Der tolle Mummenschanz der langen Nacht
Ward mit dem letzten Geigenlaut verweht,
Und das Geräusch des Werteklars erwacht.
Noch ein vererbter Klang — Instrumtenes Rollen —
Rauschmilde Feinschmelz durch das Morgenlicht —
Die leeren Stroben von den Tritten hallen
Mahlender Pärchen, ach! schall im Gesicht.
Zwei Halbbehimfte trällern einen Quers,
Die erste Tram fährt ihre Frühbühnenstunde —
Das Morgenglocklein läutet Gott zum Gruß —
Ein Mahardische lost an einer Ede.
Ferdinand Madlinger

Die Judenfasnacht zu Gailingen

Die Grenzlande längs des Rheins zwischen Baden und der Schweiz bergen manche besonderen Volksfeste. Selbst die Fastnachtzeit findet hier mit dem Agherritt nicht ihr Ende, sondern sie wird in den schweizerischen Grenzgebieten noch eine Woche lang fortgesetzt. Am Sonntag nach der üblichen Fastnacht findet hier die *Baunfasnacht* statt, die erst die rechte schweizerische Charakteristik ausstrahlt und in der Basler Fastnacht ihren Glimpunkt erreicht. — Und am Sonntag Kääre findet in Gailingen die sogenannte *Gropenfasnacht* statt, die auf einem Geheißnis vom Jahre 1417 aufbaut sein soll. — Dazwischen findet auf demselben Boden eine weitere lokale Fastnacht statt, und zwar die *Judenfasnacht* in Gailingen, die dieses Jahr auf den 6. März fällt. Weist der Himmel wie in der Gailingen Gegend mit diesem Ort als Mittelpunkt, also die jüdische Bevölkerung weitans in der Mehrzahl ist, ein eigentlich ernstes Festendest der biblischen Juden, an einem Mastenfest wurde, denn es ist nichts anderes als das wichtige *Burimfest*.

Seinen Ursprung hat dieses Fest durch ein biblisches Geheißnis, das in dem Bibelbuch Ester sehr anschaulich und auch verständlich geschildert ist. Kurz ist erzählt, daß der Herrraute des Königs Hascherus (König über 127 Reiche von Indien bis zum Mohrenlande), der Antiquar Daman, gegen eine Gabe von 10 000 Zentner Silber den König dafür gewonnen hatte, daß an einem durch das Jahr (Gos) bestimmten Tage, alle Juden seines Reiches sollten ermordet werden. Gegenüber dem König Daman war die Königin Ester, eine Jüdin, und deren Oheim Mordechai. Im selben Ringen der Kräfte ließe die Königin: Daman wurde an dem Gelaen, den er für Mordechai hatte errichten lassen, gehängt; der Befehl der Ermordung aller Juden aber wurde aufgehoben und ins Gegenteil umgewandelt, daß die Juden alle ihre Widersacher töten dürften.

Achtung! Metallarbeiter von Mittelbaden!

Nachdem der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens die Ausspernung auf den 3. März beschlossen und die Kündigungen bereits ausgesprochen sind, ersuchen wir unsere Kollegen und Kollegen in allen Betrieben, in denen die Kündigung ausgesprochen ist, **jämliche Ueberstunden, die nicht ausdrücklich von den Organisationen gebilligt, zu verweigern.**

Wir werden mit den strengsten juristischen Mitteln gegen diejenigen vorgehen, die trotz dieser Warnung noch Ueberstunden leisten.

Die Betriebe haben ferner durch Anschläge bekannt gegeben, daß fogen. *Rottkandarbeiten* ab 5. März zu verrichten sind. Die betreffenden Arbeiter würden benachteiligt, wer *Rottkandarbeiten* verrichtet. — Wie machen darauf aufmerksam, daß wenn es zur Ausspernung kommt, am 5. März **niemand mehr in die Betriebe gehen darf.**

Wer trotzdem hereingeht, wird als Streikbrecher behandelt. Darüber, was *Rottkandarbeit* ist und wer diese zu verrichten hat, entscheiden die zuständigen Organisationen. Unsere Parole lautet: **ab 5. März kein Arbeiter und keine Arbeiterin geht mehr in einen Betrieb, der die Ausspernung ausgesprochen.**

In den übrigen Betrieben, wo keine Kündigung ausgesprochen wurde, arbeiten die Kollegen und Kollegen weiter bis eine andere Parole von seiten der zuständigen Organisationen ausgegeben wird.

Die Ortsverwaltungen:
Deutscher Metallarbeiterverband, Karlsruhe
Deutscher Holzarbeiterverband, Karlsruhe
Zentralverband der Feiler und Tischler, Karlsruhe
Verband der Maler, Karlsruhe.

Gemeindepolitik

Aus dem Gemeinderat Gensbach
Einem Antrag auf Umlageänderung wurde auf kurze Zeit entsprochen. — Ein Antrag auf Verlängerung der Zahlungsfrist für erstiegertes Kahlholz mußte aus allgemeinen Gründen abgelehnt werden. — Ein Bürgerlobn wird zum angebotenen Bürgerrecht zugelassen. — Für den unbrauchbar gewordenen Schlammwagen wird eine neuer zweirädriger Wagen angeschafft. — In einem Falle mußte wegen Durchfahrens des Friedhofes eine Strafe ausgesprochen werden. — Die Zurichtung von 900 Festmeter Holz wurde an zwei biessie und eine auswärtige Holzhandlungsgruppe zum Angebot vergeben. — Der Gemeinderat genehmigt den Ankauf eines Gartens auf dem Offenburger Gartenmarkt. — Einige kleinere Nachfolge im Rollen wurden vergeben. — Der durch den Sturm im Frauenbad entstandene Schaden soll nach dem vorgelegten Kostenvoranschlag ausbeßert werden. — Die Lieferung einer Schreibrmaschine wird einer hiesigen Firma in Auftrag gegeben. — Auf eine allgemeine Kundfrage hat Wohnungsamt und Gemeinderat sich für die Aufhebung der Wohnungsverkaufsmittel für Bier- und Weizenmehrmehmungen ausgesprochen. Für zwei- und Dreizimmerwohnungen wird sie noch für notwendig gehalten. — Für den Gartenfall wird bei der Firma Bötsche ein Wagen Stroß bestellt. — Das beschädigte Trottoir vor dem Kaufhaus soll gemäß dem Voranschlag wieder hergestellt werden.

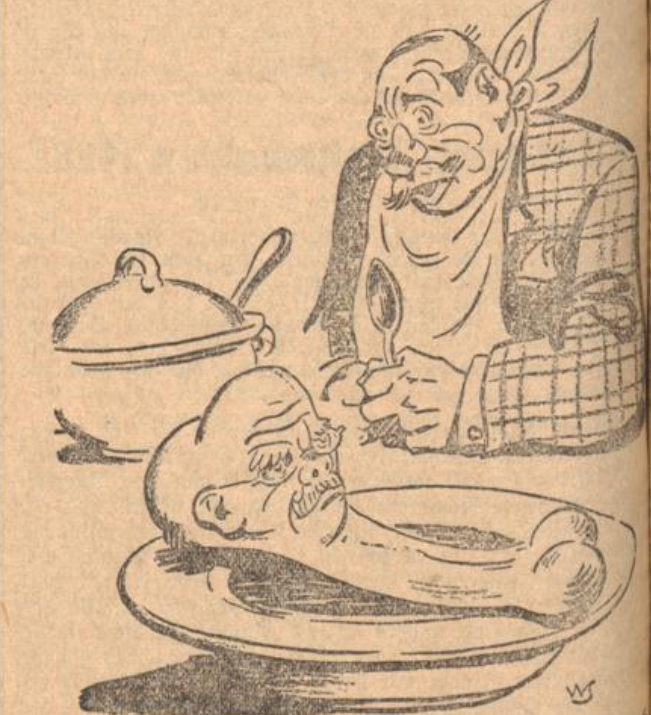
Aus dem Gemeinderat Oberkirch
U. a. wurde beraten bzw. beschlossen: Das Innere des Schlachthauses hat gelegentlich einen neuen Anstrich zu erhalten. — Von dem Gutachten des Bad. Kulturbauamts Offenburg, betr. Regelung des Wasserabflusses von Oedbach her, wird Kenntnis genommen. Um die übermäßigen Ueberflutungen, die jeweils großen Schaden an der Oberdorferstraße verursachen, einzudämmen, muß der Graben am Weg Oberkirch-Oedbach an der Gemarungsgrenze verbreitert und die Ueberflutungen entsprechend erweitert werden. Weiter ist die *Sauanlage* beim Grundstück des Georg Schmeller in Oedbach instand zu setzen und so einzurichten, daß die Schmutzwasser bei Hochwasser mittels Ketten abgefangen werden können. In einer Stelle ist der Zuleitungsarbeiten durch eine Einlochkleue verschließbar zu machen. Die Arbeiten sind durch die Gemeinden Oberkirch und Oedbach zu erledigen. — Die *Kahlholzerzeugung* am 3. Februar d. J. werden genehmigt. Es wurde jeweils ein kleiner

Das geschah am 14. und 15. Tage des Monats Mar (des heutigen Februar). Diese Tage wurden dann biblisch festgesetzt als Tage des Wohllebens, des Bereutens von Freude und des Gebens von Geschenken, besonders an die Armen. Zum Gedenken an die Errettung aus schwerer Gefahr also wird das *Burimfest* bei den Juden gefeiert und zwar innerhalb des relligösen Rahmens durch Fasten und Vorelung des *Büches Ester*, außerhalb der relligösen Vorschriften durch *Feste* der verschiedensten Art, von denen die *Burimfeste* die bekanntesten sind; aber auch diese finden jeweils immer in einer Stelle ist der Zuleitungsarbeiten durch eine Einlochkleue verschließbar zu machen. Die Arbeiten sind durch die Gemeinden Oberkirch und Oedbach zu erledigen. — Die *Kahlholzerzeugung* am 3. Februar d. J. werden genehmigt. Es wurde jeweils ein kleiner

Vierararischer Wettbewerb. Die Stadt Breisach erläßt ein Preisauschreiben zur Gewinnung von Heimatliedern, die sich zur Aufführung auf der Freilichtbühne eignen und die einen Stoff aus der Geschichte der Stadt Breisach, des Kaiserstuhls oder des Oberrheins zum Inhalte haben müssen. Spieldauer höchstens drei Stunden, möglichst in drei Akten mit je einer Massenzene. Die Zahl der Solorollen soll 50 nicht übersteigen. Für die drei besten Werke sind Preise vorgegeben im Gelambetrage von 1200 M und zwar für den 1. Preis 600, für den 2. Preis 400, für den 3. Preis 200 M. Die preisgekrönten Arbeiten gehen in das Eigentum der Stadt Breisach über. Vorbehalten bleibt der Ankauf weiterer eingereichter, aber nicht preisgekrönter Stücke nach besonderer Vereinbarung mit den Verfassern. Ueber die Zuerkennung der Preise entscheidet ein Preisgericht, bestehend aus den Herren Theaterdirektor a. D. Hans Vollmann in Freiburg, Schriftsteller Dr. George von Graevenitz in Freiburg, Bürgermeister Adolf Meier in Breisach, Direktor Leo Walther Stein in Freiburg, Intendant Dr. Hans Waag in Karlsruhe. Die mit Schreibmaschine einseitig gefertigten Arbeiten müssen längstens bis zum 1. September 1928 mit einem Kennwort versehen beim Gemeinderat Breisach eingeschickt werden. Der Name des Autors ist in einem verschlossenen besonderen Umschlag, der als Umschlag das Kennwort trägt, bei derselben Stelle gleichzeitig einzufenden.

ner Mindererlös erzielt. — Die endgültige Berechnung der Steuer für das Rechnungsjahr 1926/27, die jetzt erst bekannt ist, bringt eine Mehrforderung von nahezu 1400 M. Da mit dieser Summe nicht gerechnet wurde, muß ein entsprechender Zuschlag für das Jahr 1928 und 1927 in Höhe von 1400 M. in den nächsten Jahren Voranschlag eingestellt werden. — Die Gemeinde, da viele Gemeindefiskusstände vorhanden sind, Ministerium gerichtete Eingabe, in der auf die besonderen Verhältnisse in Oberkirch und im Renchtal seit dem Verlust von 1918 insbesondere Straßbau hingewiesen ist, wird gestillt. Straßbaubeiträge für das Jahr 1928 und 1927 ist festgesetzt und wirkt außerordentlich nachteilig auf den Gemeindefiskusplan. Der Gemeinderat ist der Auffassung, daß vom Staat ein allernotwendigsten Zuschüssen vorgenommen werden sollten, die Wohnausgabe der Gemeinde nicht allzu hoch zu gestalten, die Anfrage des Bezirksamts, ob die Wohnausgabe hierher gehört ist und die Wohnungsmangelvorschriften aufzuheben werden können, muß vorerst noch verneint werden. — Dem Verlangen der städt. Bauarbeiten durch Bädermeister möglich erleichtertes auf der Fuchsmat wird unter der Bedingung ausgestellt, daß die städt. Bauarbeiten innerhalb 3 Jahren zurückbezahlt werden. Der Stadt entfallende Vollstundenaufwand vergütet wird, darüber an die Firma Spatwerke wegen Leistung eines anderen Beitrages zur Unterhaltung der Oberdorferstraße wird gestillt. Sofern eine Einmütigkeit erzielt werden kann, ist ein entsprechender Gemeindefiskus herbeizuführen.

Trauer des Bürgers.



Dieser Markknochen wird meine Wahlsuppe nicht fett machen.

Gerichtszeitung

Bier Wochen Gefängnis für eine Handoll Reiff
Bei einem gelegentlichen Aufenthalt in Eberswalde wurde die in Berlin wohnhafte 38jährige Unterfüllungsempfängerin Martha W. im Wabe etwas Reiff. Dabei betraf sie der Oberbürger Krull und erlittete gegen die Frau Anzeige. Er gab das aufzuheben durch Reiff einen Wert von zwei Mark an, was habe. Darauf erhielt die alte Frau vom Amtsgericht in Eberswalde wegen Fortdiebstahls einen Strafbescheid über einen Gefängnis!
Auf Einspruch kam es zu einer mündlichen Verhandlung dem Amtsgericht in Eberswalde, und dieses bestrafte die arme für das ungeschickliche Verbrechen, im Wabe etwas Reiff, aufzulösen, mit vier Wochen Gefängnis und 32 Mark Geldstrafe. Außerdem erhielt die Frau eine Kostenerrechnung überhand, die gegen den Gemeindefiskus aussteht: Geldstrafe 22 M, Verteilung 2 M (für gemeindefiskus Reiff), Gebühr 23,20 M (!), Porto 0,40 M, gemeindefiskus 12,70 M, zusammen 70,45 M. Die paar Handoll Reiff auf diese Art nicht weniger als vier Wochen Gefängnis, 70,45 M! Als Zeuge war nur der Oberbürger Krull erschienen, der, obwohl er in seinem Gehalt steht, 12,70 M Zeugniskosten verlangte. Wofür, weiß man nicht. Die laum gläubliche Gemeindefiskus ist aber damit noch nicht zu Ende.

Am 15. November bekam die inwischen von dem Aufreger frant gewordene Frau die Aufforderung, die vier Wochen Gefängnis abzuhängen. Sie sollte sich bis zum 1. Dezember im Gefängnis in Berlin, Barnimstr. 10, melden. Darauf ließ die Gemeindefiskus unter Berufung auf die *Handoll Reiff* eine Anweisung für Gerichtsgebühren beim Landgericht Prenzlau folgen.

Die Prüfung Ihres Gnadengesuches ist namens der Gemeindefiskus Staatsregierung. Sie soll überfragen werden. Die Vorname dieser Prüfung hat erachen, das ein Beweis nicht befürwortet werden kann. Kraft der mir erteilten Ermächtigung werden Sie daher hiermit abhängen müssen.

nes. Hohensberg, Landgericht
Man braucht diesen Tatsachen, die für sich sprechen, kaum etwas hinzufragen. Einer alten, mittellosen Frau vier Wochen Gefängnis, 32 Mark Geldstrafe und 40 Mark Kosten auszusprechen, weil sie ein paar Handoll Reiff wertlos auf dem Markt verkauft, ist nicht nur gegen jedes Volksempfinden, sondern es verstößt nicht wieder einmal mit aller Schärfe den wahren Charakter des Rechts. Was sagt der Preussische Justizminister zu diesem gewiss geringfügigen, durch keine antisoziale, lebensfremde, aber nicht zu überbietenden Justizstand?

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Verbandsversammlung. Mittwoch abend 8 Uhr Vorlaufbahn der Gambriusstraße.
Veranstaltungen des heutigen Tages
Bad. Landbestreuer: Postnach-Abend. Von 19.30—22.30 Uhr.
Bad. Völkische: Am weißen Hof. 20.15 Uhr.
Friedrichshof: 20 Uhr große Karrenrennung Verein für Sport.
Volkshaus: Großer Radabend.
Völkische: Mastenball in der Stadt. 20 Uhr.
Zum Salmen: Großer Saub-Sammel.
Palast-Völkische: Mactie, der Held der Berge. 20 Uhr.
Gloria-Palast: Die schönsten Beine von Berlin. Amort in der Stadt.
Bad. Völkische: Mastenball.
Völkische: Mastenball. Der fische Erzherzog. 20 Uhr.
Gefellmann: Große Musikantenstunde. Das lebende Mosaik. 20 Uhr.
Kammer-Völkische: Die Abenteuer des fähnen Parbel. 20 Uhr.
Friedrichshof.

Uraufführung

RESI Heute: **Der Iesche Erzherrzog**

Ein Spiel zum Lachen und Weinen in sechs Akten nach einer Idee von Robert Land

Hauptrollen:
Liane Maid Hans Mierendorf

Die kleine Weltmeister, Grotteske in 2 Akten
Indones. Tropenkultur, Kulturfilm

Das Neueste und Interessanteste aus aller Welt

Musikalische Leitung: Peiz Oskayd-Orgel; Pallast Flügel; Vollmar-Rettich

Geschäfts-Empfehlung!

Oskar Bentz, Malermeister

Anstriche / Tapezieren / Möbellackierung
Lack- und Glasschilder / Lichtreklame
Fachgem. Arbeitsausführg. / Reelle Preise

Werkstätte: **Zähringerstr. 76** Wohnung: **Wintersstr. 26**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Auf Grund des § 5 unseres Ortsstatuts berufen wir auf **Samstag, den 3. März, vorm. 9 Uhr**, nach Karlsruhe in den Festsaal des „Friedrichshof“ unsere diesjährige

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht über das Jahr 1927.
2. Bericht über die letzten Kämpfe in der Metallindustrie und ihre Folgen für die Metallarbeiter. Redner: Kollege Scheid- Stuttgart.
3. Resolutionen zur engeren und mittleren Verwaltung.
4. Behandlung der eingegangenen Anträge.

Am häuslichen Erscheinen der Delegierten wird gebeten.

Mitglieder, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben Zutritt durch Vorzeigen ihres Mitgliedsbuches.

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens **25. 2.** in Händen der Ortsverwaltung bei der Ortsverwaltung.

Pfannkuch

Für die **Fastnachtsbäckerei**

Weizenmehl 0 24,-
Weizenmehl 00 26,-

Heft-Gold
allerfeinstes Auszugsmehl
5 Pfund **1.40**

Del zum Backen
1.10

Phanto-Fett
Zettel **61** Pf.

Neines Amerikanisches
Schweineschmalz 84,-

Deutsches raff. **Schmalz 1.10**

frische
Allg. Tafelbutter 2.20
in 1/4 und 1/2 Pfund-Stücken

FrISCHE Eier
Schwerste Italiener extra 10 Stück **1.78**
Schwerer Italiener 10 Stück **1.58**

Pfannkuch

GRÜNER HOF
Kilgstraße 5

Um auch Minderbemittelten dienen zu können haben wir einen

billigen Mittagstisch zu 70 Pfg.

ingerichtet. Wir bitten um recht zahlr. Zuspruch. Eingang vom alten Bahnhof her

Freie Turnerschaft
Abteilung Mähburg

Morgen **Fastnachtstern** abend in der Stadt Karlsruhe

Rappenabend

Restaurations „Deutsche Eiche“

Fastnachtstern, großer **Fastnachts-Rummel**

wozu einladet
Josef Wächter, Wirt

Kühler Krug
Fastnachtstern, 21. Febr., abds.

Großer Maskenball

Karten im Vorverkauf zum Preise von **2,-** I. Geb.-Seifenhaus Kaiserstr. 36a und Goldene Krone, Ecke Amalien u. Doulglasstr. Näheres siehe Plakate

Männergängerverein Karlsruhe

Öffentliche Bekanntmachungen

Friedhof - Mähburg.

Die Ruhefrist für das Grabfeld XV, auf dem verlebene Kinder in der Zeit vom April 1909 bis April 1912 befristet worden sind, ist abgelaufen. Das Feld kommt daher zur Abräumung.

Alle auf diesen Graben befindlichen Grabsteine und Einlassungen müssen nach vorheriger Anzeige bei der Stadt Friedhofverwaltung, Hauptfriedhof, bis 30. März 1928 abgeräumt sein. Ueber die bis dahin nicht abgeräumten Gegenstände verfügt die Stadt. Etwasige Bezeichnung von Graben sind ebenfalls bis längstens 30. März 1928 bei der Stadt Friedhofverwaltung zu beantragen, bei der auch alle näheren Bestimmungen und Auskünfte zu erhalten sind.

Karlsruhe, den 16. Februar 1928 271

Standes- und Bekleidungsamt.

Frauenarbeitschule
Gewerbliche Fach- u. Berufsschule mit Internat
Karlsruhe i. B. Gartenstr. 47.

Am 23. April 1928 beginnen sämtliche Fachkurse, als Fortbildungsunterricht in Handarbeiten, Nähmaschinen und Kunststoffen, als Nachmittagsunterricht in Weißbilden, Fäden und Kunststoffen, Kunsthandarbeiten aller Techniken, Buchbinden, Knöpfarbeiten, Spitzen, Klöppeln, Zeichnen, Buchführung und anderen gewerblichen Fächern.

erner nehmen alle Berufsausbildungen ihren Anfang:

1. Ausbildung für die eigene Hauslichkeit, Dauer 1-2 Jahre.
2. Vorbereitung für das Handarbeitslehreinnenexamen, Dauer 1 Jahr.
3. Gewerbliche Ausbildung für Weißbäuerinnen, Schneiderinnen und Stickerinnen, Dauer 3 Jahre, und für die häuslichen Erwerbsberufe, für Zimmermädchen, Kammerjungfern und hauswirtschaftliche Stützen, Dauer 1-2 1/2 Jahre.

Auswärtige Schülerinnen erhalten Wohnung und Verpflegung zu mäßigem Preis in der Anstalt.

Satzungen und Auskunft gegen eine Gebühr von 0.30 RM. Anmeldungen täglich von 11 bis 4 Uhr und auch schriftlich bei der Vorbererin, Karlsruhe, Gartenstr. 47.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Landesverband.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Eggenstein, Amt Karlsruhe, verleiht am **Donnerstag, den 23. ds. Mts.**, aus dem Neufeldhölz

245 im Forststammholz I.-V. A.

Zusammenkunft vormittags 10 Uhr auf dem Schlag, das Holz wird auf Verlangen durch Forstwart Dür vorgezeigt; von demselben können auch Maßproben bezogen werden.

Kaufinteressenten laden freundlich ein
Der Gemeindevorstand:
Stern.

Rastatter Anzeigen.

Öffentliche Mahnung

Gemäß § 20 der Verordnungsordnung werden die Pflichten aufgeführt, die am **15. Januar 1928** verfallene ganze Restschulden für 1927 mit 31.12. von 8 Tagen an die Stadtkasse Rastatt zu entrichten. Bei Nichterhaltung dieser Frist werden die festgesetzten Mahngebühren erhoben und das Verordnungsverfahren sofort eingeleitet.

Rastatt, den 18. Februar 1928

Der Oberbürgermeister,
J. W. Gösmann.

Arbeiter! Verlässigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

Sozialdemokrat. Partei Durlach.

Todes-Anzeige.

Parteiangehörigen und Genossen legen wir hiermit von dem Ableben unserer Wenigin

Luisa Huschka

geb. in Karlsruhe, Ehe ihres Mannes

Die Beerdigung findet heute Montag nachmittags 3 Uhr statt. Wir bitten um zahlreichere Beteiligung.

Der Vorstand.

Dankfagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem so schmerzlichen Verluste meines lieben Vaters

Josef Maier

sprechen wir unsern innigsten Dank aus.
Karlsruhe-Rintheim, 18. Febr. 1928

Familie Hermann Maier
nebst Kindern

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg
Gymnas. u. Realklassen; Sexta b. Reifeprüfung; Familienheime; Prüfungsamt.

Warnung.

Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau Elise Schmidt, geb. Anselm, an meinen Namen etwas zu geben. Ich komme für etwaige von ihr gemachten Schulden nicht auf, da ich in Scheidung mit ihr lebe.

Joseph Schmidt
Scherstraße 10.

Schlafzimmer
complett 475,-
925,- 695,- eiche

Möbel-Baum
Königsplatz

Zimmer mit Küche
für alleinwohnende ruhige Mieter in der Südhofstraße 44.

Über 100 gut erhaltene Mad-Anzüge
Mäntel, Ueberz.
von 10 RM. an in all. Gr. u. Farb. von Gehrard, Emolina, und Entschloßung, Hofen, Joppen, von u. gebr. ohne Gelegenheitspreisen in neue Anzüge u. Mäntel

flannd billig
Zähringerstr. 53a II.

DER VOLKSFREUND DRUCKT

Zeitung und Zeitschriften, illustrierte Blätter und illustrierte Beilagen sowie Jahresberichte, Prospekte, Flugblätter, Formulare für Krankenkassen und Gewerkschaften, Reklamesachen, Kontobücher, Beitragsmarken, Diplome, geldwerte Papiere, Programme und Plakate

JEDE ARBEIT
wird technisch sauber, preiswert sowie schnellstens ausgeführt

Offenburger Anzeigen

Städtische Musikschule.

Die Stadt beschließt, von Beginn dieses Jahres ab eine Musikschule für Violinen und Violoncellen ins Leben zu rufen. Die Schule bezieht in der Hauptsache die Heranbildung eines Nachwuchses für die Stadtmusik, sie soll aber auch anderen begabten Schülern die Möglichkeit bieten, sich im Musikstudium im Hinblick auf die Instrumente des 13. Lebensjahr bekannt zu machen. Das Schulgeld wird voraussichtlich für wöchentlich 2 Unterrichtsstunden 40,- RM. im Halbjahr betragen. Begabte und bedürftige Schüler können auf Antrag vom Schulgeld befreit werden. Um einen Aufnahmestempel über den Umfang des Schulbesuches zu erhalten, werden am

Freitag, den 22. Febr., nachm. von 3-4 1/2 Uhr
Donnerstag, den 23. " " " " 6-8 " "
Freitag, den 24. " " " " 6-8 " "
Sonntag, den 25. " " " " 10-12 " "

im Sitzungssaal der Oberschule durch Herrn Musikdirektor Schäfer vorläufige Anmeldungen entgegen genommen. Die Schüler sollen gleichzeitig einer Eignungsprüfung unterzogen werden, weshalb sie persönlich zu erscheinen und etwaige eigene Instrumente mitzubringen haben.

Offenburg, den 16. Februar 1928. 272

Der Oberbürgermeister.

Das gute Piano
der billigsten Preislage kaufen Sie bei bequemer Teilzahlung im größten Musik-Spezialhaus

Musikhaus SCHLAILE
Pianosaal
Kaiserstraße 178

Badische Lichtspiele KONZERTHAUS

Samstag, den 18 bis Mittwoch, den 22. Februar, 20.15 Uhr
Mittwoch auch 16 Uhr

Im weißen Rössl

Lustspiel 1912

Musikbegleitung: **Polzkapelle**

Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich

Colosseum
Walstr. 16
Telefon 5599

Bis 29. Februar täglich 8 Uhr

Die große REVUE

Das lebende Magazin

II. A. A. A.

Badisches Landestheater
Montag, 20. Februar
Anker Rote

Fastnachts-Cabaret

Bunte Bühne.

Künstlerische Leitung: Dr. Hans Baag
Musikalische Leitung: Josef Krips, Musik. Schwanke
Tänze: Emil Bielefeld
Bühnenbild: Zoritenfeldt
Schauspiel: Margarete Schellenberg
Technische Einrichtung: Rudolf Walz.

1. Jalleluja, 2. Mexiko,
3. Der zum Bahnhof gerollte Käse, 4. Nelly Sitters,
5. Daji Dons, 6. Tango,
6. Ueberzählungen,
7. Liebesbriefe in der Kommode, 8. Hin und zurück,
- Stetisch v. B. Hindemith.

In Szene gesetzt von Otto Krauß.

9. Neu-Jork, 10. Karlsruhe, 11. Das letzte Hotelbett oder: Allan oder: Die gelbe Soie,
12. Das Ministerquartett, 13. Charakteren,
14. Aufregende Gänge mit gutem Ausgang,
15. Rappenmüri.

Anfang 19 1/2 Uhr Ende 22 1/2 Uhr

I. Rang u. I. Sperrst. 8,-

Dienstag, den 21. Februar nachmittags
Max und Moritz.
Streich: Die Puppenfee.
Abends:
Cabaret (Bunte Bühne).
Mittwoch, den 22. Februar
Wilhelm Tell.

Arbeiter, Angestellte u. Studenten!

ollen sich nach dem des Genossenschafts-Allgen. freien Vorkursus bündes und des wirtschaflichen Beamtensbundes, die dem einnehmenden der

Volkshilfe

Gewerkschaftliche, kaufmännische, berufliche, studentische, Arbeiter- u. Angestelltenvereine, die Rechnungstellen Karlsruhe, Schwanen-Offenburg i. B., Weingartenstraße 34, über die Müller 38-39.

Pfannkuch

Zum Füllen der **Fastnachtsküch**

empfehlen wir

Erdbeer-Confiture offen 1,-
3 Pf.

Pflaumen-Confiture offen 75
3 Pf.

Helvetia-2 Eimer 1.50
Dreifrucht-Dose 0.60

Bierfrucht-Marmelade 45
offen, 3 Pf.

Pflaumen-Marmelade 50
offen, 3 Pf.

Helvetia-2 Eimer 0.60
Apfelgelee 2.90
3 Pf.

Apfelgelee 2 Pf. 1.20
Eimer

Ihr Vorteil! Unsere Rabatte sind täglich einlöslich!

Pfannkuch

Bucherei

Marinade
Vollmilde Bism.-Gericht
1 Liter 30 Pf.

Stollen
Stadt 8,-
Bism.-Gericht
Stadt 8,-

Gabelkerl
in pittoresker
große Zigarre
feine Dose 40 Pf.

holl. Caligula
Stadt 8,-
auf 14 mit 14
Lebensmittel
5% Rabatt

Junge Stollen
Johannisbrot
schwarz und
per St. 20 mit
enthalten
Zarland, 1928

Bucherei